

Wie sich die Völkerverträge zu der neuen Lage stellen. Bekanntlich haben die Regierungen der Länder früher Einspruch dagegen erhoben, daß die Vertreter der alten preussischen Regierung aus dem Reichsrat herausgedrängt wurden. Dann kam das Urteil des Staatsgerichtshofes, das in dieser Beziehung die Rechte der alten Regierung wiederherstellte. Wenn gewisse Ländervertreter jetzt geltend machen, daß die Stimmen Preußens im Reichsrat nicht durch das Reich instruiert werden dürfen, so ist dies formell insofern unrichtig, als die preussischen Reichsratsstimmen durch Herrn Papen nicht in seiner Eigenschaft als Bizekanzler, sondern in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen instruiert werden. Im April wird die Reichsregierung durch die Entwicklung im Reichsrat zwangsläufig dahin geführt werden, das Problem der Reichsreform energischer und grundsätzlicher in Angriff zu nehmen, als es bisher geschehen ist, nachdem der erste entscheidende Schritt durch die Einsetzung der Reichskommissare in Preußen erfolgt ist. Gerade in bezug auf die Verteilung der Machtverhältnisse im Reichsrat müssen neue Regelungen gefunden werden, die zwangsläufig aus dem durch die Weimarer Verfassung geschaffenen Zustand herauszuführen. Je eher die Reichsregierung dieses Problem nach einem konstitutiven Plan im Sinne der Bismarckschen Staatsgründung ansieht, desto eher wird es ihr gelingen, auf diesem Kampffeld Ruhe zu schaffen.

### Der Ueberwachungsanschuß abermals aufgeklagen.

Berlin, 14. Februar. Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Böbe am Dienstagmittag wieder zusammen. Als Böbe die Sitzung für eröffnet erklärte, legte bei den Nationalsozialisten tosender Lärm ein, der minutenlang andauerte. Böbe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuh abzugeben. Abgeordneter Dr. Frank II (Natzf.) erhob sich darauf von seinem Platz, um eine Erklärung abzugeben. „Ich stelle fest“, so führte er aus, „daß der Vorsitzende nicht imstande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses und damit die Vertreterin des deutschen Volkes es nicht dulden wird, daß ein Narr und Verleumder weiter die Ausschuhverhandlungen leitet. Da der Vorsitzende somit verhindert ist, den Ausschuhvorsitz zu führen, übernehme ich als stellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen.“ Dr. Frank begab sich gleichzeitig zu dem Platz des Vorsitzenden Böbe und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten verließen darauf den Saal.

Dr. Frank eröffnete darauf nochmals die Sitzung, und zwar mit einem Ausruf für die Opfer der Katastrophe von Reutlingen. Er erklärte: Wir sind überzeugt, daß die nationale Regierung ihre Pflicht erfüllen wird, um diesen Unglücklichen aller Deutschen zu helfen. Ich stelle fest, daß der Ausschuh in seiner Mehrheit diese meine Erklärung billigt und erkläre die Sitzung des Ausschusses zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden, als sie den Saal verließen, von den Nationalsozialisten beschimpft. Als sich der Abg. Morath (D. Sp.), der eine Zigarre rauchte, der Ausgangstür näherte, wurde er von einem nationalsozialistischen Abgeordneten tödlich angegriffen. Er erhielt einen Faustschlag in den Rücken. Als er sich das energisch verbat, wurde er von den Nationalsozialisten aus dem Saale gedrängt.

Unter allgemeiner Unruhe gingen die Ausschuhmitglieder auseinander. Ueber den Angriff auf den volksparteilichen Abgeordneten Morath hört das Nachrichtenbüro des B.D.Z. noch folgende Einzelheiten: Als der große Lärm der Nationalsozialisten im Ausschuh einsetzte, hatte der Abgeordnete Morath die Absicht, den Saal zu verlassen. Er hatte sich aber kaum von seinem Platz erhoben, als er merkte, daß es sich um eine Trauerkundgebung für die Opfer von Reutlingen handelte. Er ist dann stehen geblieben und hat sich erst, als der stellvertretende Vorsitzende Frank die Sitzung schloß, zum Ausgang begeben. An der Tür erhielt er dann plötzlich einen Schlag in den Rücken. Er drehte sich um und bekam einen zweiten Schlag ins Gesicht. Der Angreifer war der nationalsozialistische Abgeordnete Streicher. Morath verwahrte sich gegen diesen Angriff und rief aus: „Für wen halten Sie mich, was fällt Ihnen ein?“, worauf andere nationalsozialistische Abgeordnete auf ihn eindrangen. Streicher rief aus: „Er hat während der Trauerkundgebung geraucht, die haben ja keine Würde, diese Narristen!“ Der Abgeordnete Morath erklärte ausbrüchlich, daß er während der Trauerkundgebung nicht geraucht habe.

Der Führer der Volkspartei, Dingeldey, hat sofort beim Reichstagspräsidenten Goering und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, dem Reichsinnenminister Dr. Frick, telegraphisch scharfen Einspruch erhoben und volle Genugtuung verlangt.

Nach der Sitzung des „Ueberwachungs-Ausschusses“ richtete ein sozialdemokratischer Vertreter an die Deutschnationalen die Zumutung, sich mit anderen Parteien an der Behandlung von Fragen zu beteiligen, die mit der Ausschuhführung in Verbindung stehen. Dieser sozialdemokratische Vorschlag wurde von den Deutschnationalen abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ueberwachungs-ausschusses veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt, das Verhalten der Nationalsozialisten stelle ein Verbrechen nach §§ 105, 106 des R.-St.-G.-B. dar. „Wir stellen fest, daß der Herr Reichstagspräsident, obwohl er von den Drohungen der nationalsozialistischen Ausschuhmitglieder, alle künftigen Sitzungen des Ausschusses gewaltsam zu verhindern, in Kenntnis gesetzt war, nichts zum Schutze des Ausschusses getan hat.“ Am Schluß der Erklärung wird behauptet, daß durch diese Vorgänge das verfassungsmäßige Recht des Ausschusses, die Rechte der Volksvertretung zu wahren, nicht mehr gewährleistet sei und der Vorwurf des Verfassungsbruches erhoben.

### Kommunisten beschließen nationalsozialistischen Demonstrationstag.

Berlin, 14. Februar. Auf einen Demonstrationstag der KPD, wurde am Dienstagabend von einem Hause der Subtrahier Straße mehrmals geschossen. Dabei wurde ein Polizeibeamter am Arm verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer und umstellte gleichzeitig den gesamten Häuserblock. Bei der Durchsuchung der Häuser konnten zwei Kommunisten aus einem Versteck herausgeholt und festgenommen werden. Einer der Festgenommenen war im Besitz einer Hebert-Büchse, in deren Lauf sich noch eine abgeschossene Kugel befand.

### Ein nationalsozialistischer Umzug in Leipzig beschossen.

Leipzig, 15. Februar. Am Dienstagabend veranstalteten die Nationalsozialisten im Osten Leipzigs einen Propagandamarsch, der völlig reibungslos verlief. Nach der Aufhebung wurde auf heimkehrende Nationalsozialisten geschossen. Dabei wurde, wie aus dem Polizeibericht hervorgeht, ein Nationalsozialist verletzt. 58 Personen wurden dem Polizeipräsidium zugeführt.

### Austritte aus der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 14. Februar. (Eig. Meldg.) Wie wir erfahren, hat Frau Clara Rende in einem Schreiben an den Vorsitzenden der DVP, ihren Austritt aus der Volkspartei erklärt, ebenso auch der frühere Landtagsabgeordnete Buchhorn in Berlin.

### Der Reichsrundfunkkommissar.

Berlin, 15. Februar. (Eig. Meldg.) Der R.D.Z. zufolge wird der Reichsinnenminister heute Dr. Gustav Krulenberg zum Reichsrundfunkkommissar ernennen.

### Empfang der nationalsozialistischen Presse beim Kanzler.

Berlin, 14. Februar. Der Reichskanzler Adolf Hitler empfing heute in der Reichskanzlei die nationalsozialistische Presse, deren Vertreter zahlreich aus dem ganzen Reich zur Einladung nach Berlin gefolgt waren.

Nach der Begrüßung und Vorstellung der Anwesenden durch den Presseschef der NSDAP, hielt der Reichskanzler eine längere Ansprache, in der er in großen Zügen die Aufgaben umriß, die der deutschen Presse und insbesondere auch der nationalsozialistischen Presse mit dem Eintritt der nationalsozialistischen Bewegung in die Regierungslösung gestellt sind. In seinen eingehenden Ausführungen betonte der Kanzler nicht nur die Notwendigkeit einer sinnvollen Zusammenarbeit der gesamten nationalen Presse, die sich mit der Regierung als eine Einheit fühlen müsse, sondern wies auch auf die entscheidende Bedeutung des Kampfes hin, der nicht zuletzt von der nationalsozialistischen Presse draußen im Lande um die Seele des Volkes geführt werden müsse.

### Bemühungen um die Rote Einheitsfront.

Berlin, 14. Febr. Das kommunistische Angebot an die sozialdemokratischen Gewerkschaften, eine Ausprache über etwaige gemeinsame Schritte herbeizuführen, beweist, daß die Bemühungen um die Rote Einheitsfront weiter fortgesetzt werden. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß es zu einer formell geschlossenen Kampfgemeinschaft kommen wird. Aber schon ein Wahlkampf, in welchem sich beide Parteien nach Möglichkeit schoren würden, wäre der beste

Ausfall für die entstehende rote Einheitsfront. Sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Kommunisten sind die Bemühungen im Gange, so schnell wie möglich zu einem Ergebnis zu kommen, wobei auf der einen Seite Böbe, auf der anderen Seite Torgler im Vordergrund dieser Bestrebungen steht. Wenn man auch Torgler auf der kürzlich abgehaltenen Lustgartenkundgebung noch nicht als Redner zugelassen hat, so darf das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß man auf jeden Fall gewillt ist, einander näherzukommen. Auch der technische Wahlsammenschluß zwischen Staatspartei und Sozialdemokratie steht solchen Bemühungen keineswegs entgegen.

Zwar verhalten die „offiziellen“ Stellen der Sozialdemokratie noch ein wenig das, was hinter den Kulissen vorgeht, denn auf das Schreiben der KPD, folgenbereits geantwortet: „Daß wir stets für eine Einheit der Arbeiterklasse waren, brauchen wir nicht nochmals zu betonen, da sie selbstverständlich ist. Dertliche Verhandlungen in dieser Frage sind jedoch wertlos, da nur zentrale Verhandlungen zu einem Ziele führen können. Eine zentrale Körperschaft muß sich daher mit der unsrigen in dieser Frage in Verbindung setzen. Und der „Vorwärts“ schreibt heute zu diesen Einigungsbemühungen unter anderem folgendes: „Solange sich die Führer der KPD eine Einheitsfront nur so vorstellen können, daß die Verbündeten aufeinander schimpfen und aufeinander schlagen, so lange wird es für jeden Arbeiter klar sein, daß die KPD nicht die Einheitsfront, sondern nur ein Einheitsfrontmanöver will.“ Trotz dieser gegenseitigen Hinfälligkeiten ist man wohl auf dem besten Wege zu einer Verständigung, zwar vielleicht nicht in Form einer Kampfgemeinschaft, wohl aber als Einheitsfront im künftigen Wahlkampf. Ob mit den „gemeinsamen Schritten“ in dem Schreiben der KPD, sogar ein Generalfstreik gemeint sein kann, ist zunächst wohl nicht anzunehmen, bedarf aber der weiteren Aufmerksamkeit der nationalen Regierung.

### Papen und Feldte vor der saarländischen Presse.

Saarbrücken, 14. Febr. Bizekanzler von Papen und Reichsarbeitsminister Selbte empfingen heute die Vertreter der saarländischen Presse im Gebäude der Regierungskommission. Bizekanzler von Papen wies einleitend auf den erschlitternden Eindruck hin, den er im Anblick der Gräber von Reutlingen empfunden habe. Er sei ins Saargebiet gekommen als Vertreter des Reichspräsidenten, dessen besonderes Mitempfinden nochmals auszubringen er besonders vom Reichspräsidenten gebeten worden sei. Als er

von der 100 000-Mark-Spende des Reichspräsidenten sprach und in diesem Zusammenhang erwähnte, daß er sich für die preussische Regierung diesem Vorgehen angeschlossen habe, wies er eindringlich darauf hin, daß es sich nur um eine vorläufige Hilfe handeln könne. Auch der Reichskanzler hat mit diesem Mitgefühl von dem schweren Unglück vernommen und erwidert gegenwärtig den Gedanken, für die von diesem furchtbaren Unglück Betroffenen eine Sammlung ins Leben zu rufen. Hierauf sprach der Bizekanzler sein Bedauern darüber aus, daß zu dem heutigen Empfang, zu dem die Anregung nicht von

ihm, sondern von der Presse ausgegangen sei, Vertreter der sozialdemokratischen und der Zentrumspresse nicht erschienen seien. Er erklärte, er habe kein Verständnis dafür, daß man in einem Augenblick wie jetzt, wo man von Reich zu Reich sprechen wolle, sich aus parteipolitischen Gründen von diesem Empfang fernhalte. Er hoffe und wünsche, daß die saarländische Presse mit der von früher her bekannten Zusammenarbeit und dem allgewohnten Takt zum Wohle aller weiterarbeiten werde.

Ein Vertreter der saarländischen Presse sprach Bizekanzler von Papen in warmempfundener Weise seinen Dank für die Hilfsbereitschaft der Reichs- und preussischen Staatsregierung sowie des gesamten deutschen Volkes aus.

Reichsarbeitsminister Selbte ergänzte die Ausführungen des Bizekanzlers noch dahin, daß das Reich alles tun werde, um die Schäden auszumergen, die das Unglück verursacht.

### Außerordentliche Völkerverammlung in der Mandchurei. Neunzehnerausschuß verlangt Hämmung der Mandchurei.

Genf, 14. Februar. Der Generalsekretär des Völkerverbundes hat auf Grund eines heute vom Neunzehnerausschuß gefaßten Beschlusses die außerordentliche Völkerverversammlung für nächsten Dienstag einberufen, damit sie auf Grund des Artikels 15 Absatz 4 abschließend zu dem deutsch-japanischen Konflikt Stellung nehmen kann. Die Empfehlungen, die der Völkerverversammlung für die praktische Regelung des Streites gemacht werden, sind heute vom Neunzehnerausschuß endgültig angenommen worden. Darin wird vor allem gefordert, daß die japanischen Truppen die Mandchurei räumen und sich in die Eisenbahngasse zurückziehen. Weiter wird empfohlen, den drei östlichen Provinzen eine autonome Verwaltung unter chinesischer Souveränität zu gewähren. In Verhandlungen über die Einzelheiten der Regelung sollen die neun Mächte des Washingtoner Vertrages und ferner Deutschland und Rußland eingeladen werden. Nach der rein formellen Eröffnungssitzung am Dienstag wird sich die Versammlung zunächst für drei bis vier Tage vertagen.

### Sonderaktion der Kleinen Entente.

Wie das tschechoslowakische Pressbüro aus Genf meldet, ist der sogenannte Rat der Kleinen Entente Dienstag nachmittag dort unter dem Vorsitz von Jevicki zusammengetreten. Ueber den Zweck der Tagung wird erklärt: „Die Staaten der Kleinen Entente haben die Absicht, durch ein gemeinsames Uebereinkommen in Mitteleuropa einen solchen Stand der Ruhe und des Friedens zu sichern, daß alle Staaten in Zufriedenheit ihre innere politische und auch wirtschaftliche Situation konsolidieren können.“ Ein offizielles Kommuniqué wird Mittwoch ausgegeben.

Genf, 14. Februar. (E. M.) In dem von der heutigen Konferenz der Kleinen Entente angenommenen Statut soll u. a. auch ein ständiges Sekretariat in Genf vorgesehen sein.

Prag, 14. Februar. Ueber die heutige Genfer Konferenz des Rates der Kleinen Entente wurde vom tschechoslowakischen Pressbüro folgendes aus Genf datiertes Kommuniqué ausgegeben:

„Die drei Außenminister der Staaten der Kleinen Entente hielten heute von 16 bis 20.30 Uhr eine Beratung ab. Im Sinne der im Dezember 1932 in Belgrad angenommenen Entschliessung wurde der Organisationspakt der Kleinen Entente ausgearbeitet, der es den drei Staaten gestattet, als einheitlicher internationaler Organismus zu handeln. Der politische Teil des neuen Paktes wurde abgeschlossen. Die Außenminister der Staaten der Kleinen Entente legen die Beratung heute abend fort und werden noch morgen vormittag die Aussprache über die wirtschaftlichen Fragen des neuen Paktes weiterführen.“

### Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 15. Februar. —\* Silberne und goldene Konfirmation. Die diesjährige silberne und goldene Konfirmation wird für die Jahrgänge 1908 und 1883 am Sonntag nach Ostern, den 23. April 1933, gefeiert. Am kommenden Freitag, den 17. Febr., abends 8 Uhr, findet die übliche erste Vorbereitungsfeier mit den Jubilaren im Lutherzimmer der Kirchschule statt, wozu sich hoffentlich auch in diesem Jahre wie früher ein großer Kreis zusammensindet, damit die Feststellung der Anwesenden von Anfang an eine möglichst umfassende sein kann. Antriften von goldenen Konfirmanten wollen dem 2. Pfarrer, solche von silbernen dem 1. Pfarrer übermitteln werden.

—\* Auf die öffentliche Aufforderung des Finanzamts zur Abgabe von Steuererklärungen für die Veranlagung der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für den Steuerabschnitt 1931/32-1932, die in der letzten Sonnabendnummer veröffentlicht war, sei nochmals hingewiesen.

### Interessantes im heutigen Blatte.

Der Prozeß um den 13. Juli 1931. Zur Hauptverhandlung gegen die Bahnsens am 28. Februar.

Zuibersee-Biaska. Festschlag des großen Trodenlegungswertes.

Stimmen der Tiere. Krokodile wollen sich nicht filmen lassen. Schwierige Tonfilmaufnahme. — Tonfilmgeräusche schlimmer als wilde Tiere.

Rationalisierung und Kalkulation im Handwerk.